

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

20 (25.1.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-82413](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-82413)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochter Zeitung, Dammter Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.90 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.28 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 2 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamezeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Ausnahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Wiltwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht beiliegend.)

Nr. 20. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfachkonto: Hannover 7908. Besta, Samstag, 25. Januar 1919. Zweiggeschäftsli. i. Oldenburg: W. Porelmann, Achterstraße 51, Fernspr. 1032. 80. Jahrgang

### Der Zentrumssteg in Berlin.

Von Dr. Karl Sonnenstein.

Ich schreibe diese Zeilen in der Elektrizität 12.15 Uhr nachts bei der Heimkehr von zwei Wahlversammlungen für die preussische Wahl. Am Schluß der zweiten Versammlung in Lichterfelde in der Pfefferberg-Bräuerei ist das Wahlergebnat veröffentlicht worden. Dr. Pfeffer ist durch zwei Siege tiefer in die Unabhängigkeit, die ihren Wahlsieg feiern. Bei uns stürmisch hoch auf die christliche Volkspartei und ihrem ersten Berliner Vertreter.

Das mußte man in den letzten Wochen mitmachen! Mit solcher Hingabe, mit so vollkommener Empfindung an moderne Technik, mit solch innerer Überzeugung, daß auch in Berlin unsere Fahne gehißt werden mußte, ist hier noch nie gearbeitet worden. Die Versammlungen jagten einander und waren alle prächtig besetzt und von vorzüglicher Stimmung. An den Wafstafeln, den besetzten Holzwänden und den Anschlagtafeln ist fast unser Plakat in immer neuer Form mit der Reklame der Gegner. Nein, wir sind diesmal hinter niemand zurückgeblieben. Die Studenten, hinter niemand Sturmhaube und Handgranate bei Reinhardt hielten, um Ordnung und Regierung zu schaffen, fanden im Wahlstift. Die ganze studentische Ortsgruppe der Universität war in den letzten Wochen mobil. Famose Arbeit leisteten die Mitglieder des neuen **S o l d a t e n b u n d e s**, der fast tausend Anhänger zählt. In jedem Wahllokal stand einer dieser jungen Feldherren mit Wahlzetteln und dem Plakat "Wählt christliche Volkspartei"! Wir haben es gewagt. Wer den Boden Groß-Berlins kennt, weiß, was das heißt, inmitten der futurären Vorbereitungen dieser Stadt, in der die Stürmer Zeiten die härtesten Extreme aneinanderprallen, inmitten dieses Gegenparts radikaler Sozialrevolutionäre und volksfremder Hehler, in dieser feineren Stadt mit den brutalsten Gelehen, die sie beherrschen, die alle Welt brauchen im Reiche lebt, zerfällt, in solcher Welt für das Programm der christlichen Volkspartei mit wachsender Wirksamkeit zu wirken. Für zarliche, innerliche, gemütslos christliche Kultur auf diesem Boden von Wissen und Alpkopf! Der Versuch ist gelungen, die Partei hat mit 51 000 Stimmen im Wahlbündnis mit den Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei zum ersten Male einen Kandidaten durchgeleitet.

Aber waren für den Wahlkampf in Berlin drei Dinge charakteristisch: Erstens die Wendung zum Zentrum in evangelisch-gläubigen Kreisen, zweitens die fast gefühlsmäßige Herausarbeitung des antikapitalistischen und christlich-demokratischen Motives, und drittens das Erwachen der jungen atademischen katholischen Intelligenz. Zunächst stehen wir bezüglich der Mentalität der gläubig evangelischen Kreise vor einer bedeutamen Wendung, deren Rückwirkung auf das Zusammenleben der beiden Konfessionen in Deutschland heute noch nicht abgesehen werden kann. Hoffmann war nur das älteste Glied der gemeinsamen Wahl, die gläubigen Männer und Frauen zu gemeinsamen Übernehmern aufzuführen. Die von Pastor Haeder und Prof. Duntmann verfassten Aufsätze betonen darüber hinaus ausdrücklich, der evangelische Volksteil sei nicht in der Lage, eine politische Neugründung vorzunehmen, er müsse sich an eine politische reife, erfahrene Gruppe anlehnen und in diese sich einbauen. So haben wir jetzt einen evangelischen Flügel der christlichen Volkspartei in Berlin. Vorläufig getrennt organisiert. Darüber hinaus viele Evangelische in der gemeinsamen Zentrumsorganisation. Die Gründung eines evangelischen Zentrumsbundes steht bevor.

In zweiter Stelle war charakteristisch die scharfe antikapitalistische Note, die die Wahlbewegung unterbreitete befeuerte. Eine Wobdordnunge des Generalsekretärs der Partei, die aus der Feder des Ministerpräsidenten Heinrich Wegmann stammt, bekennt sich schon im Titel zum christlichen Sozialismus als zu unserem Programm. Der Soldatenbund, der so ausgezeichnete Dienste geleistet hat, führt rundweg den Namen eines christlich-demokratischen Soldatenbundes. Andere formulieren das Programm der Partei als die Theorie des Sozialismus. Das Gemeinwohl ist das Leitmotiv. Privateigentum ist nur Leben und Mittel. Die kapitalistische Antikritik schämen wir. Den kapitalistischen Geist (er prägt dem Berliner Leben seine Disharmonien und seine Zerrissenheiten auf) bekämpfen wir härter denn je. Als dritter Einfließ in die Entwicklung des öffentlichen Lebens ist die betonte Anteilnahme der jungen katholischen akademischen Welt an den Fragen des Tages zu bezeichnen. Die studentische Ortsgruppe der Zen-

trumpspartei an der Universität Berlin umfaßt annähernd 180 Mitglieder. Zu den Versammlungen reiben sollen die gleichen Kreise Tag für Tag mehr innerlich vorbereitete und regsame Männer. Ein neuer Wellenschlag ergoß die junge Welt, die seit 1887 abwärts lag und konzentriert geworden war. Der junge Katholizismus rekt sich über seine bisherigen Partikularziele zu einer vertieften Betonung seiner Eigenart und des Berufes, den er an Deutschland zu erfüllen hat. Diese jungen akademischen Kreise haben im Maschinenneuerbau der Berliner City und in den Riesenstämpfen der letzten Wochen die Bestimmung auf das, was der Neuaufbau des Reiches von ihnen fordert, wirksamer gewonnen, als die Vortriebszeit es uns träumen ließ. Eine neue Generation wird.

So ist der erste Berliner Wahlsieg mehr als ein bloß taktisches Manöver und als ein Sieg äußerer technischer Mittel. Die Fahne, die er weicht, die Farben der anderen Parteien über die Wafstafeln flüchtigt, ist Symbol neuer Wertens und neuer Wendungen im politischen Leben.

### Das neue Deutschland.

Deutsch-demokratischer Protest gegen die Aufstellung Preußens.

WTB, Berlin, 24. Jan. (Drabth.) Eine am 22. Januar von 200 Personen besuchte Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei in Berlin erbot energischen Protest gegen jeden Plan einer Zerstückelung Preußens.

WTB, Berlin, 24. Jan. (Drabth.) Laut "V. Z." nahm in Dortmund eine Massensammlung der Deutsch-demokratischen Partei eine Entschlüsselung ein, in der der Plan auf Zerstückelung des Reiches und Preußens abgelehnt wurde, da eine Republik Abzweigen zu einem Spielball in den Händen Frankreichs, Englands und Belgiens werden würde.

Das preussische Abgeordnetenhaus und der Reichsgesetzgebung.

WTB, Berlin, 24. Jan. (Drabth.) Heute wird sich das Preussische Abgeordnetenhaus mit dem Reichsoberaufsichtsentwurf befassen. Eine Anzahl von dessen Bestimmungen dürften, wie verschiedene Kritiker meinen, einer scharfen Kritik unterliegen werden. Gestern fand im Reichstag des Innern eine Besprechung über den Verfassungsentwurf mit den Vertretern der deutschen Freistaaten statt.

Erste Sitzung der württembergischen Landesversammlung.

WTB, Stuttgart, 24. Jan. (Drabth.) Die verfassunggebende Landesversammlung trat gestern mittag zum ersten Male zusammen. Kril, Sozialdemokrat, wurde mit 135 von 140 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Unerschöpfte Mittelreste verschiedener ARK.

TU, Essen (Westr), 23. Jan. Der hiesige A- und S-Nal verleiht erneut die Anmerkung von Freiwilligen für irgendwelche Truppen zum Grenzschutz Ost-Weft oder für Winterkorpas, weil der dringende Verdacht besteht, daß die allein reaktionären Mächte durch die Truppen die alte Militärführerschaft wieder aufrichten können. (1)

Auch die Konferenz der A- und S-Nale des Niederrheins lehnt die Bildung des Grenzschatzes ab und fordert Auflösung solcher Formationen, weil sie zu gegenrevolutionären Zwecken Verwendung finden. Die Konferenz verlangt auch die sofortige Durchführung der Entlassung aller Offiziere.

### Zum Waffenstillstand.

Ententeunterstützung für Polen.

TU, Genf, 23. Jan. Der interalliierte Oberste Kriegsrat hat, wie Sypas meldet, angesichts der drohenden bolschewistischen Gefahr in Polen beschlossen, Polen zu Hilfe zu kommen. Es sei daher möglich, daß die Alliierten den Polen Kriegsmaterial und Munition senden werden.

TU, Haag, 23. Jan. Tadeuszowski hat die verbindlichen Regierungen telegraphisch von der Bildung seines Kabinetts verständigt. Auch hat er erklärt, daß Polen als Bundesgenosse der verbindlichen Regierungen aufgenommen zu werden wünsche. Am Sonnabend haben die Militärbehörden in Warschau 140 bolschewistische Agenten gefangen nehmen lassen.

Belgiens Forderungen.

WTB, Bern, 24. Jan. (Drabth.) Progres des Lion erfährt aus Brüssel, Belgien verlange in

Afrika einen Weg vom Kongo zum Indischen Ozean, besetze aber vor allem andern auf seine Gebietsforderungen in Europa: Luxemburg, Limburg und der Scheidewandlung.

Frankreich in Cochringen.

WTB, Bern, 24. Jan. (Drabth.) Wie aus Neuchâtel gemeldet wird, sind die Typensetzer Werte in Hagenau-Dingen in Cochringen von der französischen Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt worden, werden aber, um ihre vielen Arbeiter nicht brotlos zu machen, im Betrieb bleiben.

### Die Ernährungsbeihilfen des Verbandes.

WTB, Berlin, 23. Jan. Heber die in Trier geflochtenen Verhandlungen wegen der Lebensmittel-einfuhr teilt Unterstaatssekretär von Braun, der Vorsitzende der deutschen Kommission für Lebensmittelfragen, dem "Vorwärts" folgendes mit:

Während des Waffenstillstandes kann eine Notausfuhr an Lebensmitteln in Höhe von etwa 30 Millionen Dollar für Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter und einzelne besondere Arbeiterkategorien erfolgen, und zwar nur unter der Voraussetzung, daß vorher die gesamte fahrbereite Handelsflotte den alliierten Regierungen zur Verfügung gestellt werde. Werden die Bedingungen erfüllt, und dazu ist erforderlich, daß die Instandhaltung und Ausrichtung der Schiffe unverzüglich durchgeführt und ihre Ausfahrt aus den deutschen Häfen in feiner Weise gefordert oder verzögert werde, so kann damit gerechnet werden, daß in zwei bis drei Wochen mit der Lieferung der Notausfuhr begonnen wird. Die Mangel an Lebensmitteln, die für den Bedarf von 30 Millionen Dollar einsehrt werden können, sind bei den hohen Weltmarktpreisen nicht sehr erheblich. Sie werden sich nach den von uns geltend gemachten Ansprüchen vielleicht auf 70 Tausend Speiseeimer, 50 000 To. Weizen, einer gewissen Menge von tonnenförmiger Milch, Hafermehl, Reis und Fleischpräparate belaufen und reichen deshalb zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in feiner Weise aus. Es wurde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerika auch über die weitere Verlorung Deutschlands verhandelt. Dabei gaben diese die Erklärung ab, daß die Weltvorräte an Gett und Getreide nicht ausreichend seien, um die gesamte Welt reichlich zu versorgen. Die Verlorung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Rohen, Stahl und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland verschaffen, womit die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Gegen frecht über deutsches Geb, das bei fortwährendem Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr immer mehr entwertet werden würde, lieert uns Amerika nichts.

Noch immer kein Vorstelel

TU, Genf, 23. Jan. Nach Meldungen aus Paris ist der Antrag Deutschlands, einen schnellen Präliminarfrieden abzuschließen, von den Alliierten abgelehnt worden. Die Entente könne mit Deutschland nur auf Grund eines ordentlichen Friedensvertrages verhandeln. Deutschland könne nur so zum Frieden kommen.

Der Streik um die Kriessenshaftigung.

TU, Genf, 23. Jan. Aus den Kommentaren der hier eingetroffenen französischen Zeitungen geht deutlich hervor, daß trotz aller Vereinbarungen noch sehr e r n s t l i c h e G e g e n s ä t z e zwischen den alliierten Großmächten über die Friedensbedingungen bestehen. Den Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten bildet die Frage des Schwebereches. Die französische Regierung hat bereits eine Rechnung aufgebracht, deren Forderungen hinaus völlig lahmlegen würden, wenn es Frankreich gelingen würde, seine Ansprüche durchzusetzen. Frankreich ließ indessen allein de, England geht nicht so weit wie Frankreich, und Amerika will nur einen Erfolg für die wirklich angegriffenen Kriegsgeschaden. In den letzten Tagen haben einsehende Beratungen stattgefunden, eine Einigung konnte indessen bisher noch nicht erzielt werden.

### Holland.

Eine Drohung der Entente an Holland.

TU, Genf, 23. Jan. Das Pariser "Normal" meldet, die Entente drohe Holland aus der Gesellschaft der Nationen auszuschließen, falls es die Auslieferung der Hohenzollern verweigere. Wilson erwidert bisher auffällig jede Neußerung in der

Kaiserfrage, während Clemenceau in dem Gebirgen, den Kaiser vor einem Gericht zur Verantwortung zu ziehen, eine persönliche Genugtuung sehe

### Die holländischen Bischöfe über die Sozialdemokratie.

Am vierten Adventsonntage wurde auf allen Kanalen Hollands ein Gesamt-Hirtensbrief der holländischen Bischöfe verlesen, der jedes Jahr am gleichen Tage den Gläubigen wieder zur Kenntnis gebracht werden soll. Er handelt von der Stellung der Katholiken zur Sozialdemokratie. Die Veranlassung zu dem Hirtensbrief sind die Fortschritte des Sozialismus: "Der immer mehr und mehr Boden gewinnende Sozialismus, zu dem wir auch den noch gefährlicheren Anarchismus rechnen, müßt uns, auch kräftig anzuspornen, daß ihr euch durch keine falschen Lehren und keine gefährlichen Ansichten nicht verleiten läßt." Kurz und klar werden die Berwerungsgründe zusammengefaßt: "Die Lehre der Sozialisten über Eigentum und Besitz, über Ehe und Familie, über Autorität und menschliche Gesellschaftsordnung, mit der sie die Welt umgestalten wollen, trägt den ewigen unveränderlichen göttlichen Rechten und den göttlichen Lehren und Vorschriften des Evangeliums durchwegs keine Röhung."

Ueberaus klar, zeitgemäß und einschneidend sind die Sätze, in denen die Oberhirten die Stellung des Katholiken zum Sozialismus zusammenfassen:

1. Es ist dem Katholiken verboten und durchaus unerlaubt, Mitglied von anarchisierenden oder sozialistischen Vereinigungen zu sein oder ihnen Beihilfe zu leisten.
2. Ein Katholik darf keinen Vereinen beitreten, die, auch wenn sie nicht den Namen "anarchistisch" oder "sozialistisch" tragen, doch mit anarchisierenden und sozialistischen Vereinigungen verbunden sind oder ihnen Beistand leisten.
3. Der Katholik, der sich solchen Vereinen angeschlossen hat oder solchen Vereinigungen Beistand leistet, ist streng verpflichtet, seinen Austritt zu erklären oder diese Unterstützung nicht mehr zu gewähren.
4. Solange daher ein Katholik solchen Vereinigungen angehört und nicht jetzt den festen Voratz hat, sobald als möglich auszutreten, oder solange er solchen Vereinen noch weiterhin Beistand leisten will, kann er die Losprechung nicht erhalten und infolgedessen kein Sakrament würdig empfangen.
5. Der Katholik, der regelmäßig anarchisierende oder sozialistische Schriften liest oder sozialistischen Versammlungen beiwohnt, begibt sich dadurch in die nächste Gelegenheit, seinen Glauben zu verleiten und kann, solange er diese Gelegenheit nicht vermeiden will, keine Losprechung erhalten und infolgedessen kein Sakrament würdig empfangen.
6. Der Katholik, der die Lehre der Anarchisten oder Sozialisten annimmt und als Anhänger bekannt ist, kann nicht mehr als Glied der Kirche angesehen werden. Ihm müssen die hl. Sakramente verweigert werden, solange er ein Anhänger des Anarchismus oder Sozialismus bleibt.

### Sowjet-Republiik.

Eine schwere Niederlage der Bolschewiki.

TU, Stockholm, 23. Jan. Die östliche sozialdemokratische Zeitung führt vom Haupte der estnischen Regierung, Trotski habe an Sinowjew telegraphiert, daß die Bolschewiki wahrscheinlich gezwungen sein werden, Petersburg ohne Kampf anzugeben. Trotski erklärt, die Bolschewiki hätten eine große Niederlage im Norden erlitten, da die große Armee mit dem General an der Spitze, zum Heinde übergegangen sei. Seit Donnerstags streiken 60 000 Arbeiter in Petersburg.

### Schweden.

Der Sowjetvertreter ausgewiesen.

WTB, Rostockhagen, 24. Jan. (Drabth.) Ruffinisti Sibende meldet aus Stockholm, Der russische Sowjetvertreter Worowski hat Volle-daght zufolge von der schwedischen Regierung die Ausforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal spätestens Sonnabend abend mit dem Dampfer nach Finnland Schweden zu verlassen. Die schwedische Regierung verbürgt ihm freies Geleit durch Finnland.

### England.

Umfassende Arbeiterbewegung in England.

Rotterdam, 23. Jan. Wie verlautet, wird der Bergarbeiterausstand in Yorkshire sehr bald ein

Stillstehen sehr vieler Betriebe zur Folge haben, die insgesamt eine Million Arbeiter beschäftigen. In London sind Untergrund- und Straßenbahnen sowie das Kraftwerk mit der Stilllegung bedroht. Die Berg- und Bergarbeiter am Clyde und in Glasgow, die Bergleute von Nottinghamshire und die Londoner Politzisten, Maschinen- und Elektricitätsarbeiter verlangen Verärgerung der Arbeitszeit und drohen mit dem Ausstande.

W.B. Rotterdam, 23. Jan. Nach einer Meldung des N. R. C. aus London vom 22. Jan. schreibt das liberale Abendblatt Star, daß die Arbeiterbewegungen in England beängstigende Formen annehmen pflegen. Die Hauptursache sei die Unzufriedenheit der Arbeiter darüber, daß die Regierung mit der Einführung einer kürzeren Arbeitswoche so lange zögere.

### Amerika.

Keine Pässe für die internationale Sozialisten-Konferenz.

W.B. Newyork, 24. Jan. (Draht.) Reuters. In sozialdemokratischen Kreisen verlautet, daß den drei Sozialisten, die zur Internationalen Konferenz in Luzerne reisen wollten, die Pässe verweigert wurden.

### Verschiedene Nachrichten

Das Sinken der Arbeitsleistungen.

Fast überall macht sich in geradezu erschreckender Weise ein Sinken der Arbeitsleistungen geltend. Dieser Rückgang ist um so bedauerlicher, als er sich vielfach nicht durch Mangel an Arbeitsgelegenheit oder durch Fehlen von Rohstoffen und sonstigem Betriebsmaterial erklären läßt. Die Ursache ist vielmehr sehr oft in einer höchst verhängnisvollen Arbeitslosigkeit zu suchen. Das ist um so gefährlicher, als unsere Volkswirtschaft weniger denn je die intensive Verwertung des produzierten Schaffens müssen kann. Ein lehrreiches Beispiel, dem hunderte an die Seite gestellt werden können, bietet der Bericht über den Wirtschaftszustand einer sehr großen Lokomotivfabrik, aus der Umgegend Berlins. Während dieses Werk noch vor Ausbruch der Revolution täglich eine Lokomotive fertigstellte, konnte die Fabrik, trotzdem sie mit Aufträgen überhäuft ist und über genügend Rohmaterialien verfügt, im Monat Dezember nicht eine einzige Lokomotive zur Ablieferung bringen. Was das bedeutet, ist jedem Denker klar, der da weiß, wie sehr unser Verkehrswesen infolge der Abgaben an Eisenbahnmaterial an die Entente darniederliegt.

Durch Umfrage bei Berliner Großbetrieben wurde ferner ermittelt, daß die Arbeitsverhältnisse durch die revolutionären Veränderungen eine Herabminderung der Leistungen bis auf teilweise unter einem Drittel des Normalen aufweisen.

In Erfurt melden sich fernerhin für die dortigen kommunalen Volkswirtschaften nur 17 Arbeitskräfte, obwohl dort 5000 Arbeitslose vorhanden sind und obgleich die Volkswirtschaft nach Überwindung der Krisen im Dezember und dem Monat Januar fast vollständig wieder in Betrieb war.

Die Folgen der mangelhaften Ernährung.

W.B. Berlin, 21. Dez. Die Wirkungen der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918, sind inzwischen genauer festgelegt worden. Die Zahlen sind weit höher, als bisher angenommen wurde. Es hat sich die erschreckende Tatsache ergeben, daß mehr als 500 000 Seelen infolge der Ernährungs-schwierigkeiten zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen und geben eher eine zu kleine als eine zu große Zahl. Alle diese Menschen sind eines elenden Todes gestorben. Ihre Leiden waren mit den schwersten physischen Leiden ihrer Angehörigen verknüpft, die ihnen nicht das geben konnten, was sie brauchten. Es handelt sich besonders um schwache Frauen, alte Personen und Kinder, kurz um Personen, die nach ihrem Zustand die mangelhafte Ernährung besonders schlecht vertrugen. Nur Angehörige der Zivilliberalen sind gezählt worden. Die genauen Feststellungen sollen mit dem besten Material veröffentlicht werden, um zu beweisen, daß es sich um keine falsche Propaganda, sondern um streng objektive Feststellungen handelt. Die Untersuchung geht von den jährlichen Sterbestatistiken der weiblichen Bevölkerung vor dem Kriege und während des Krieges aus. Wie auf Epidemien, wie Ruhr und Typhus, und alle anderen besonderen Ursachen zurückzuführende Sterbefälle wurden in Abzug gebracht. Die in der Tabelle folgenden Zahlen sind die mangelhafte Ernährung, die sich u. a. in der erhöhten Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden, lassen sich nicht in Zahlen fassen.

Beginnender Umschwung in Elsaß-Lothringen.

W.B. München, 22. Jan. Vom Ausbruch der Elsaß-Lothringischen Autonomienpartei geht eine folgende Darstellung über die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen. Der Umschwung in Elsaß-Lothringen ist, was wir schon lange sagten, bereits eingetreten. Wir erhalten aus Mühlhausen, der Hochburg des Franzosenjums, folgende Darstellung: Am Montag bildete sich in Mühlhausen ein Demonstrationsumzug, meistens Arbeiter, die mit schwarz-weiß-roten Fahnen durch die Stadt zogen. Sie sangen „Deutschland, Deutschland über alles“, „Die Waadt am Rhein“, „Ich bin ein Preuße“, zogen nach dem Rathaus, und wollten die Tribüne herunterschleppen. Ferner erfolgten folgende

Rufe: „Vive l'Allemagne! Vive la Prusse! M. ... la France!“

Das Militär mußte einschreiten, und es wurde sogar geschossen. Die Leute, die sich einbildeten, daß ihnen durch die französische Herrschaft der Himmel voller Bogenhegen hängen würde, sind somit bereits schwer geküßelt und erbitet. Die Maßnahmen, welche die Franzosen trafen, müssen zu einer Katastrophe führen. Für die Arbeiter, die unteren und mittleren Volksschichten wird in Frankreich nichts getan. Man lese nur die französischen Zeitungen, um einen Einblick in das große Elend gewisser Gebiete und Volksschichten zu erlangen.

Die Volksabstimmung wird erweisen, daß die erdrückende Majorität hinter uns steht und die Autonomie unter irgendeiner Form erstrebte.

### Deutsches Reich.

Weitere Einschränkungen im Zugverkehr.

W.B. Berlin, 22. Jan. Ähnlich dem Obdacht der Verkehr der Personen- und Schneezüge schon bisher zum Nachteile aller, die auf die Benutzung der Bahn angewiesen sind, überaus hart eingeschränkt war, so sieht sich die Staatsbahnverwaltung doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr vorzugehen. Sie treten bereits am 23. Januar in Kraft. Vom 23. Januar ab wird im ganzen Deutschen Reich nur noch ein Duzend Schnellzüge verkehren. Grund zu dieser schweren, für das ganze Wirtschaftleben äußerst nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unauffällige Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Ententemächte. Außerdem erhöht sich die Zahl der schadhaften Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten von Tag zu Tag in erschreckender Weise. So sehr das Wirtschaftleben nach Besserung drängt, ist sie nur möglich, wenn die Ententemächte bei der Übernahme der Betriebsmittel billige Rücksicht walten lassen und dann die Arbeiterkraft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung von schadhaften Lokomotiven und Wagen mit allen Mitteln betreibt.

Keine Milderung der Blockadebestimmungen?

Berlin, 22. Jan. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Meldung über die Aufhebung der Blockade unzutreffend. Es wurden im Gegenteil alle erzielten Milderungen gatt abgelehnt. So dürfen u. a. an die Kohlenlieferung für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden. Die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe eines Sees, um Lebensmittel von Disperpen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig beschieden.

Abschiedsgesuch des Reichspostministers.

Wie der „L.-N.“ hört, hat der Staatssekretär des Reichsposts Dr. Müllin sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Die Überbrachungen von Berlin.

Eine nicht geringe, für das Bürgerium ebenso freundliche, wie für die Sozialdemokratie schmerzliche Überbrachung bietet das Ergebnis eines von der Nationalversammlung in Berlin selbst. Hier in der einstigen „Roten Hochburg“, in welcher unter dem früheren Reichspräsidenten ein Wettbewerb der bürgerlichen Parteien vollständig ausgeschlossen war, ist es nunmehr möglich geworden, daß alle drei auf dem Plan erschienenen bürgerlichen Parteien mit je einem Abgeordneten aus dem Kampfe hervorgehen. Die Deutsche Nationalversammlung, die Deutsche und die Christliche Volkspartei, das neue Zentrum, Dr. Maximilian Pfeiffer, als bürgerliche Vertreter Berlins in die Nationalversammlung. Geradezu überraschend ungünstig haben in Berlin die Demokraten abgelehnt. Sie vermögen nur zwei Vertreter, Friedrich Naumann und Gustav Hartmann, in die Nationalversammlung zu entsenden. Berlin war einstens eine starke Stütze der Demokraten, sie haben ihren Profit immer nur an die Sozialdemokraten abtreten müssen. Von sämtlichen Berliner Wahlkreisen konnte der einst übermächtige Freiwahl nur noch den 1. Stadtwahlkreis, das Regierungs- und Schloßviertel, halten. Aber auch dieser Berliner Wahlkreis konnte nur unter Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte gegen die Sozialdemokratie verteidigt werden. Es ist ein erlauchter Erfolg des Bürgeriums, daß es nunmehr möglich war, daß die bürgerlichen Stimmen derjenigen der Demokraten noch überwiegen haben.

Das Zentrum und die Wahlen in Hamburg.

In Hamburg ist bei der jetzigen Wahl die Stimmenzahl des Zentrums im Vergleich mit 1912 von 1788 auf 792 gesunken. In einem Hamburger Bericht an die „W. Z.“ wird das Ergebnis als ein auffallendes Ergebnis bezeichnet. Wir sind erstens darüber, daß es in gewissen Wahlbezirken — man denke an Berlin, wo das Zentrum von 800 auf 51 000 Stimmen stieg — das Zentrum an Werten gewinnt.

Annahmung der A.S.Z.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Danabrück überliefert der „Dn. Volksztg.“ folgende Notiz mit dem Erlauchen um Aufnahme: Keine politische Propaganda in der Kirche! Der Zentralrat in der Provinz Hannover hatte am 14. Januar die sofort in Kraft tretende Verfügung erlassen, daß von den Geistlichen in der Kirche keine politische Propaganda getrieben werden dürfe. Der Danabrücker A.S.Z. hat zu dieser Verfügung Stellung genommen. Er ist gleichfalls der Ansicht, daß Politik unbedingt nicht in die Kirche gehört, daß vielmehr die Geistlichen bei

der Abhaltung von Versammlungen und Versammlungen in der Kirche für die politischen Versammlungen und Reden, die zu enthalten haben. Er billigt resolut vom Zentralrat erlassene Verfügung und wird sie in der Stadt und in der Provinz in der Kirche für die Durchführung bringen. Die bürgerlichen Behörden haben entsprechende Verfügungen erlassen. Die beiden Punkte der Verfügung lauten:

1. Jedem Geistlichen ist es verboten, während des Gottesdienstes oder im Anschluß daran, sich in irgend einer Form politisch zu betätigen. Für die diesen Anordnungen zuwiderhandelnden Geistlichen wird der A.S.Z. sofortige Gehaltsentziehung anordnen. (11)

2. Die Benutzung der Gotteshäuser zu Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten auch nur vorübergehend zur Sprache gebracht werden, ist verboten.

Das Blatt bemerkt hierzu, daß die katholischen Geistlichen unserer Diözese keine politische Propaganda auf der Kanzel treiben. Dasselbe nehmen wir von der evangelischen Geistlichkeit unseres Bezirks an. Um übrigens können wir uns dem folgenden Protest anschließen, den die Kirchenverbände der evangelisch-lutherischen Gemeinden Danabrück an die gegenwärtige Kirche- und die preussische Staatsregierung gerichtet haben: „Der A.S.Z. zu Danabrück ist einer Verfügung des Zentralrates zu Hannover beigetreten, durch die die Abhaltung politischer Versammlungen in den Kirchen verboten und den Geistlichen, die sich im Gottesdienst oder im Anschluß daran politisch betätigen, sofortige Gehaltsentziehung angedroht wird. Die Verfügung bedeutet einen unerträglichen Eingriff in das innere Leben und die rechtlichen Verhältnisse der Kirche. Die Kirchenverbände beschäftigen ebenso wenig wie die Geistlichen, kirchliche Einrichtungen zu politischen Propagandazwecken zu mißbrauchen, können aber dem A.S.Z. in keiner Weise für zuständig erachtet, darüber zu entscheiden, wo die Grenzen der berechtigten Behandlung öffentlicher Angelegenheiten im Gottesdienst und in kirchlichen Versammlungen zu ziehen sind. Sie sehen sich daher genötigt, aufschärfste gegen die Verfügung Verwahrung einzulegen.“

Der Kirchenvorstand zu St. Katharinen, gez. B. Weidner. Der Kirchenvorstand zu St. Marien, gez. K. Kofe.

Zu der Kundgebung des Zentralrates der Provinz Hannover schreibt die evangelische „Deutsche Volkszeitung“ in Hannover:

„Das alles ist zwar äußerlich die Sprache und Gestalt eines von Wählern erfüllten Herrenrathe, wird jedoch zugleich ein bezeichnendes Schlaglicht auf die tiefen Sorgen, mit der diese Herrenrathe gegenübersteht. Gemäß politischen Verhältnissen und Legitimation gehören nicht in die Kirche, ganz gewiß kein Unrecht, wenn man der Ansicht ist, daß kein Verbot nicht einer etwa möglichen Entzweiung der Gotteshäuser (da sind die roten Herrschaften, wie die bekannten Vorgänge in Braunschweig und Leipzig usw. zeigen, ganz gewiß nicht so empfindlich) vorzuziehen, sondern vielmehr die Geistlichen daran hindern will, in den elementarsten Lebensfragen der Kirche den Mund aufzuspannen. Die Grenze zwischen einer „politischen Weltanschauung“ und der pflichtgemäßen Aufklärung der Gemeinde über die großen Fragen, die die Kirche jetzt bewegen, ist in dieser Zeit des offiziell propagierten Atheismus mindestens ebenso flüchtig, wie zu Zeiten des „Kulturkampfes“ der heftigeren Jahre, den ja immerzeit die Sozialdemokratie als Vorwand für die Freiheit aufschaffte. Wenn sich heute selbst in zweiter, wenn auch keineswegs verbesserter Auflage wieder aufzuerheben läßt.“

Die Antwort auf diesen unerhörten Anklagensuch, den man jetzt an den Geistlichen verübt, wird aber die christliche Gemeinde bei den kommenden Wahlen mit dem Stimmgabel erteilen und unter allen Umständen gegen die rote Zwangs- und Mißwirtschaft Zeugnis ablegen!

### Aus dem Wahlgeseh zur obdenburgischen Landesversammlung.

Der Entwurf des Wahlgesehs schließt sich, wie es in der „Veränderung“ heißt, an das preussische Wahlgeseh an. Das Wesentliche daraus haben wir bereits kurz mitgeteilt. Das frühere Gesetz vom 18. November über den Wahlkreis und Wahlbezirk des Landes selbst enthält 48. Vier Wahlbezirke sind bestimmt, fünf Wahlbezirke für die obdenburgischen Nationalvereinsmitglieder, ebenfalls mit noch denselben Wahlkreisen gemischt, wie am 19. Januar, jedoch sind sie neu aufzufassen.

Wahlberechtigt sind nach § 3 des Entwurfs alle deutsche Männer und Frauen, die am 1. Januar des 20. Lebensjahres vollendet haben. In dieser Bestimmung haben wir, ausgenommen, daß sie sich auf alle Reichs- und Provinzialbürger des Wahlkreises zum obdenburgischen Lande beziehen. Das heißt nur den stützenden Elementen der Bevölkerung, somit umfasst der Sozialdemokratie zuzurechnen, und würde ein Anstoß für die schiefste obdenburgische Mehrheitswahl, die in erster Linie ein Interesse an der Gesamtzahl der Wähler hat, sein. Schon im obdenburgischen Bremen will man nach einer Rede des Vorstehenden des A.S.Z. nur die Wähler wählen lassen, die eine bestimmte Zeit in Bremen wohnhaft sind. Auch wir erwarten, daß der obdenburgische Wahlkreis eine bestimmte Korrektheit für die Wahlberechtigung beschließt; denn in erster Linie sind nur Obdenburger zu berufen, an der Durchführung des obdenburgischen Gesetzes mitzumachen. Für die Wahlbarkeit zum obdenburgischen Lande steht der Entwurf (§ 5) vor, daß die Kandidaten seit mindestens einem Jahre Obdenburger sein müssen.

## Neueste Nachrichten

Forderungen der englischen Marinemannschaften.

TU. Berlin, 24. Jan. (Draht.) Die in London tagende Delegation der Mannschaften der Kriegsmarine legte den Vertretern der Admiralität eine Reihe von Forderungen vor, deren hauptsächlichste sich auf eine Goldzulage von 50 Pfund jährlich beziehen. Die Forderungen umfassen weiter Erhöhung der Familienunterstützung usw. Sämtliche Forderungen dürften von der Admiralität bewilligt werden.

Von der deutsch. Waffenstillstandskommission.

TU. Berlin, 24. Jan. (Draht.) Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa hat vor einigen Tagen wegen Unterbindung des Fernsprechverkehrs zwischen Frankfurt und Darmstadt Beschwerde erhoben. Rummel hat die Entente zwei direkte Leitungen für diesen Fernsprecher freigegeben. Außerdem bemühte sich die deutsche Waffenstillstandskommission bei der Entente um die Erlaubnis, über Amerika und Japan mit den deutschen Kriegsgesangenen in Sibirien in Verbindung treten zu dürfen. Die Antwort der Entente steht noch aus.

Von der polnischen Front.

TU. Berlin, 24. Jan. (Draht.) Die T.-U. berichtet aus Bromberg: Der gestrige Abendbericht lautet: Im Laufe des gestrigen Tages gerichte Patrouillenbesuche. Die Artillerie beschloß feindliche Nachschneegewehr und feindliche Batterien am oberen Nebekanal.

Borriden der Tscheken in Deutsch-Böhmen.

TU. Plauen, 24. Jan. (Draht.) Der Graslitzer Bezirk ist von den Tscheken besetzt. Am vorigen Dienstag sind diese in Stärke von 120 Mann in Graslitz eingedrungen. Der führende Major erklärte vor der Stadtväterung, daß der Bezirk besetzt, der Nationalausschuß, die Volkswehr und der A. R. aufgelöst sei. Der Bezirks- und Stadtrat hat gegen die Besetzung Protest erhoben.

Rückkehr Zivilliniernier aus England.

TU. Amsterdam, 24. Jan. (Draht.) Bis zum 1. Januar haben 3300 feindliche internierte Zivilliniernier England verlassen und sind in die Heimat zurückgekehrt.

Eine Ententekommission für Polen.

W.B. Bern, 24. Jan. (Draht.) Die Eponeblätter erfahren, hat der gestrige Kriegsrat beschlossen, die acht Delegierten, die den Ausschuss für Polen bilden sollen, in allerhöchster Zeit zu ernennen. Der Bericht könne jedoch erst in drei Wochen vorliegen, weil die Reise nach Polen und das ganze Studium an Ort und Stelle außerordentlich schwierig sei.

Eine Dorfschicksalsregel zum Schutze der russischen Kriegsgefangenen.

W.B. Bern, 24. Jan. (Draht.) Wie das internationale Komitee vom Roten Kreuz mittels der deutschen Regierung steht der Bildung der deutschen Räte in Westpreußen nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat auch ihre weitgehende Hilfe in Aussicht gestellt.

Rätebildung in Westpreußen gegen die Polen.

W.B. Berlin, 24. Jan. (Draht.) Die preussische Regierung steht der Bildung der deutschen Räte in Westpreußen nicht nur sympathisch gegenüber, sondern hat auch ihre weitgehende Hilfe in Aussicht gestellt.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Dole, Bechtel und Verlag: G. m. b. H. (U. Sommerfeld, Berleger), Bechtel.

### Rechtserfeld.

Nehme Montag von 11-4 Uhr Geflügel und Rantingen zu erhöhten Preisen am Bahnhof ab. Behta. D. Vorchers.

Nächste Woche eintreffend:

### Zwiebeln

gebe ab solange Vorrat reicht zu 32 Pfg. Das Pfund

exkl. Verpackung und Porto ab hier in Postkollektiven u. Einlieferungsendungen.

CarlUlbricht, Osnabrück, Gemülegroßhandlung, Scheffelstr. 2, Telefon 1441. Telegrammadresse: Ulbricht Osnabrück.

Ferner vorrätig: Kohlrabi, rote Beete, rote Wurzel, Futterwurzeln, Porree, Meerrettich, Grünkohl, sowohl in Einlieferungsendungen als Maggonladungen. Versand an unbekannt Beseller nur gegen Nachnahme.

### Holz-Verkauf.

Am Mittwoch, dem 29. Januar, mittags 12 Uhr anfangend,

läßt Hofbesitzer B. Grase in Horst bei Holdorf 100—130 Anr. gefälltes

dides Erlen-Schlagholz (direkt an der Chaussee gelegen) öffentlich meistbietend verkaufen.

Holdorf, den 21. Januar 1919. B. Johanning.

**Arbeiter- und Soldatenrat Wechia.**  
 Soldatenrat Inf.-Regt. 65.  
 Wechia, den 23. Jan. 1919.

Das laufende Publikum wird dringend ersucht, bei der Belämpfung des Wochens mitzuwirken und alle überflüssigen Preisforderungen sofort nachhaft zu machen.

Es wird darauf hingewiesen, daß z. B. Zigaretten nur zu dem aufgedruckten Preise verkauft werden dürfen.

Gleichzeitig wird nochmals vor dem Ankauf von Militär-Verleumdungs- und Anreizungsstücken gewarnt.

Menke. Conrads.

# Immobil-Verkauf.

Colona Wwe. Meyer, Wötern bei Tamme, beabsichtigt einen Teil ihres Grundbesitzes **Unterendereien und Wiesen** in einer Größe von circa 25 ha öffentlich meistbietend zu verkaufen.

Es soll der Kampf bei Rottunghaus am Ostersee 8 ha 88 ar 7 qm Ackerland sowie 3 ha 22 ar 17 qm Ackerland auf dem Sperberge in kleineren Parzellen zu 30-40 ar zum Verkauf ausgesetzt werden.

Sodann soll eine arrondierte Fläche Ackerland mit etwas Holz dabei (Walden Vieh) von reichlich 11 Hektar einem der Interessierten im Ganzen verkauft werden. Diese Fläche erbebt das wertvollste Eigentum, auch dürfen die Grundstücke sich sehr für eine Weide eignen.

Reiner gelangen zum Verkauf:  
 Die Eisenbahn Grundstücke 8,27 1/2 ha und ein Tobkstein im Vordringhauser Moor (Ein parzell) 47 ar 45 qm groß.

Der zweite und letzte Verkauf findet **am Mittwoch, dem 22. Januar, mittags 2 Uhr** in Riegels Wirtschaft statt.

Der Zuschlag wird in diesem Termin festgemacht und ein weiterer Aufbot erfolgt nicht.

Käufer ladet freundlichst ein

Tamme. Fritz Würger.

# Verkauf.

**Am Mittwoch, dem 20. Jan. 1919,**  
 nachmittags 2 Uhr,  
 läßt W. Diekmann wegen Sterbefalls u. Aufgabe des Geschäftes

**1 vollständige Klempner-Einrichtung**

als: Maschinen und sämtliche Handwerkzeuge, 1 Ladeneinrichtung (Regale etc.), ferner drei neue Sägelampen, 1 Mantel zum Mantelkessel (125 Liter Inhalt), 2 Mantelkessel, mehrere große und kleine Waschküchen, Winge, Hosen, größere Posten Zylinder und Wasen, sowie nicht genannte Sachen.

Öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Käufer ladet freundlichst ein

Dinklage. Ostendorf, amtl. Aukt.

# Holz-Verkauf.

**Am Sonnabend, dem 1. Febr. 1919,**  
 mittags 12 Uhr,  
 läßt Zellerin Ww. Westermann zu Barenesh auf Breen Hofe

**zirka 100 Haufen gutes Erlen-Brennholz**

Öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. D. Schiele.

# Großer Holz-Verkauf

in Garthe bei Emstedt.

Seller M. Anagge in Garthe bei Emstedt läßt **Donnerstag, dem 30. Januar 1919,** vormittags pünktlich 10 Uhr anfangend, auf seinem Hofe und in seinem Tannenbestande öffentlich meistbietend mit längerer Zahlungsfrist verkaufen:

- 1000 Stämme Tannen, gefällt, zu Balken, Sparren und Nadeln prähen passend,
- 180 Stämme Birken, geeignet für Holzschuhmacher und als Brennholz,
- 70 Stämme Eichen, teils als Bauholz, im übrigen zu Wagen-Deckeln und Nadeln prähen passend,
- 10 Stämme schöne Buchen, Jung- und Brennholz,
- 1 dicke Pappel, Rugholz.

Mit dem Verkauf der Eichen auf dem Hofe wird zuerst begonnen.

Kaufinteressenten ladet freundlichst ein

Cluppenburg. Johannes Buntgen, Weinhandlung.

# Verkauf einer Tischlerei-Einrichtung in Langförden.

Am Montag, dem 27. Januar 1919, nachmittags 1 Uhr beginnend werde ich in der Wohnung des verstorbenen Tischlers S. Krze in Langförden eine vollständige Tischlereieinrichtung als:

- 2 Hobelbänke, 1 Drehungsäge, 12 Schraubenschrauben, 2 Schraubendreher, 45 verschiedene Arten Hobel, 10 bis. Sägen, 20 Stemm- und Geschnitten, Schraubenzieher u. s. w., 3 Bohrer, 30 Bohrer, mehrere Feilen, Knechtlingen und Hammer, 1 Schleifstein, 1 breites Kett, 1 Schneidmesser, Winkel, Zirkel, Streichmaß, Pinzet, 1 Posten Dielen und was sich sonst in einer kompletten Tischlerei vorfindet, öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Käufer ladet ein

# Mobil-Verkauf in Drantum.

**Am Dienstag, 28. Janr. 1919,** vormittags pünktlich 9.30 Uhr beginnend, läßt Franz Schütters zu Drantum bei seiner Wohnung, in der Nähe der Drantumer Mühle, folgende Sachen:

- 1 fast neue zweifelhafte Bettstelle mit Matratze, 1 eiserne Kinderbettstelle, 1 vollständiges weiches Bett, 1 Vertikow, 1 Kuchentisch mit Kuchentafel, 1 Tisch, 5 Stühle, 1 Kasten, mehrere Garderoben, mehrere Borden mit Kränzen, mehrere eiserne Pfannen, 1 vollständiges Kaffee-Set, mehrere Hänge- und Stuhlampen, mehrere Spiegel und Bilder, eine Tafel-Schokolade, 1 Wanduhr, 2 Weckuhren, Porzellan- und Glasachen, 2 Beile, 3 Holzschlägen, und verschiedenes Holzgerät, 1 Schloßkammer, 1 Stein mit Nadeln, Federn, Waschlade und Waschkloß und verschiedene sonstige Sachen

Öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Sämtliche Sachen sind fast neu und sehr gut erhalten.

Käufer ladet ein.

Wechia. B. Menke.

# Holz-Verkauf.

**Am Mittwoch, 29. Janr. 1919,** nachmittags pünktlich 11 Uhr beginnend, läßt der Herr S. Meyer zu Strun bei Nordbollen, in seinem Holzbestande auf dem Lehtamp und bei den Holzstämpen in der Nähe des Freeseholzes

- 200 Nummern Führen, Latten und Rickenholz
- 100 Nummern eigene Rickenstäbchen und Brennholz
- 90 Nr. Eichen auf dem Stamm,
- Loch- und Rugholz,
- 50 Nummern Führen,
- kleine Balken und Sparren,

Öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Verkaufung auf dem Lehtamp an der Lutter Grenze, wo vormittags pünktlich 11 Uhr mit dem Verkauf begonnen wird.

Käufer ladet ein.

Wechia. B. Menke.

# Holz-Verkauf.

Eigner Franz Marischen, Krampenfort, läßt **am Dienstag, 28. Januar 1919,** nachmittags 12.30 Uhr anfangend, bei seinem Hofe

- 80 Nr. Tannen zu Balken, Sparren und Latten,
- 40 Nummern zu Rickenstäbchen und Brennholz,

Öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Sämtliches Holz ist gefällt, und Absatz sehr bequem, nahe an der Charffes Bohne-Wechia. Verkaufung bei Marischens Hofe.

Käufer ladet freundlichst ein

Lohe, Januar 1919. H. Vuchorst, Auktionator.

# Holz-Verkauf.

Colon Wöbberberg, Kieselage läßt **am Freitag, dem 31. Januar,** mittags 2 Uhr, in seinem Teile bei den Himmelfeuren

- 50-60 Nr. Tannen zu Einfriedigungsstangen, Pfosten, Pfähle und leichtem Bauholz passend, u. ca. 50 Nr. bestes Birken-Brennholz

Öffentlich meistbietend verkaufen wozu einladet

Damme. Fritz Würger

# Wodurch verhäle ich mein Haar?

## Haarausfall?

Wie erhalte ich volles, üppiges Haar?  
 Nur durch den **Philodermine**.  
 Gebrauch von **Georg Schmalz, Friseur,**  
 Zuttastraße. Wechia. Zuttastraße.

**Am Montag, dem 27. Januar,** nachm. 2 Uhr anfangend, sollen beim Gefängnislager in Wahlen folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden:

- 100 m<sup>2</sup> 1/4 Zoll Dielen,
- 24 m Schwedenholz 6x6 Zoll,
- 180 m Stachelbraht,
- 4 m Dfenrohr, 2 Rnie, neu,
- 1000 Bund Stroh,
- 5-500 Ziegelsteine,
- 1 Tür, 4 Fenster, Eisenkeile,
- 1 Kuchmaschine und was sich sonst noch vorfindet.

Käufer ladet freundlichst ein

Hermann Todde.

# Holz-Verkauf.

**Am Dienstag, 28. Januar 1919,** nachmittags 1 Uhr anfangend, werde ich das Holz auf dem Bahn-Brandstufstufen an Crandorf Wechia

- ca. 350-400 Stämme Tannen, zu Sparren, Latten, Grubenholz,
- Pindebäume u. Nadelstangen,
- und 1 große Partie Brennholz,

Öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Sämtliches Holz ist gefällt und entastet und liegt zur Wafuhr.

Holtdorf. B. Johanning.

# Holz-Verkauf

in Garthe bei Emstedt.

Wiet Col. Oehus in Carrel läßt auf seiner in Garthe bei Emstedt gelegenen Stelle am **Dienstag, dem 28. Januar 1919,** vormittags 11 Uhr anfangend,

- ca. 90 Eichen u. bestes Bauholz, ca. 100 Birken,
- allerbestes Holzschuhmacherholz, ca. 60 Nr. Tannen, und ca. 100 Nr. Tannen - Bohnenstangen

Öffentlich meistbietend mit geheimer Zahlungsfrist verkaufen. Käufer verjammeln sich bei der Wohnung des Pächters Rolfses in Garthe. Cluppenburg. Wilhelm Scumbach.

# Holz-Verkauf.

Reutier Ferd. Zerhusen, Bohne, läßt **am Montag, dem 3. Februar,** mittags 1 Uhr, auf seiner Wohnung in Menhausen

- 150 Haufen Tannen-, Buchen- u. Birken-Durchforstungsholz zu Einfriedigungsstangen, Baumstangen etc., für Brennholz passend, mehrere Nr. Eichen zu Euhlen passend, sowie Birken-Brennholz

Öffentlich meistbietend verkaufen, wozu einladet

Damme. Fritz Würger.

# Bekanntmachung.

Der Landwirt und Fleischerbauer Herrmann Meiners in Barpel will wegen Übernahme seiner elterlichen Wohnung seine im Mittelpunkt von Barpel gelegenen Immobilien, bestehend aus

- Wohnhaus mit Stallungen und Hofraum** öffentlich gegen Mißgabe verkaufen und ist hierzu Termin auf
- Donnerstag, den 30. Januar,** nachmittags 3 Uhr, in Schönders Wirtschaft hier selbst angesetzt.

Das Wohnhaus ist neu, sehr geräumig, der Reuzeit entsprechend eingerichtet, enthält 10 eine Wohn- und Schlafkammer sowie sehr gute Keller- und Bodenräume.

Die Stallungen zum Teil neu, sind gut und geräumig. Die Gebäulichkeiten zusammen sind mit ca. 14 000 Mk. bei der Oldenburgischen Grundbesitzverwaltung. Ich bemerke, daß dieses Immobilien sich der günstigen Lage, der Räumlichkeiten und Stallungen wegen ganz besonders zu einem Schlachtereibetriebe eignet. Der größte Teil des Kaufpreises kann im Kaufobjekt verjammeln lassen bleiben.

Ein weiterer Verkaufstermin wird nicht beantragt und kann der Zuschlag erteilt werden. Kauflustige ladet ein

H. Angel, Auktionator. Barpel, den 21. Januar 1919.

# Rüchenschürzen

bedruckt, starkfädige Qualität in hübschen dunklen Mustern; gepunkt und gestreift gewöhnlich weit a. Std. 6,75 Mk., extra weit a. Std. 8,80 u. 9,80 Mk., mit Träger a. 9,80, 10,80 Mk. versendet pr. Nachn., so lange Vorrat reicht

Verlandsgeschäft

M. Pfah, Zehoe i. S. (Radweid viele Dankfch.)

# Schirme

werden prompt und billig repariert bei

Job. Pilske, Dintlage, Neustadt 24.

# Holzschuhe

erhalten. Sämtliche Nummern sind vorhanden

Job. Dultmeyer, Langförden.

# Sonnenblumenkuchenschrot

für Milchzäuge empfiehlt

Vechia. D. Schröder.

# Landstelle

von Landwirt zu mieten gesucht.

M. Heilscher, Essen (Ruhr), Bornstr. 7.

# trockenen Torf,

an gut fahrbaren Plätzen, abzugeben

A. Gramann, vor dem Moore, Fernruf 32.

# Belg. Riesen,

prima Zucht-Häfinnen, Grau-Silber, bestes Fell- und Fleischlammchen, zu verkaufen.

Fr. Janßen, Wechia, Jmtun.

# Gelegenheitskauf.

1 Waffenrock, 2 Tuchhosen, 2 Militärmäntel, alles tadellose Stoffe, ferner 1 Paar Stiefel zu verkaufen. Anfragen unter Nr. 110 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Habe eine große tragende, milchgebende

# Ziege

zu verkaufen. Näheres B. Pittmann, Bohne.

Zu verkaufen ein jähriger brauner kräftiger

# Wallach,

absolut zugefit und fromm, vorzüglicher Einpämmer. Niederding, Stoppelmarkt bei Wechia.

# Stachelbeer- und Johannisbeersträucher

(bester Sorte) zu kaufen gesucht

Stankenhof St. Johannes-Straße in Carrel i. Oldenburg.

Habe eine schwere güste

# Kuh

zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

# 1 Briefschabe mit Inhalt verloren

auf der Chaussee von Lutten nach Wechia Gegen Belohnung abzugeben an

Franz Langhorst, u. Lindler, Wechia.

**Kriegerverein Wechia.**  
 Am Sonntag, dem 26. d. M., 4 Uhr nachmittags

**Verammlung** im Vereinsloftate.

Tagesordnung: Rechnungsablage

Alles übrige wird in der Verammlung bekannt gegeben werden.

Am recht zahlreichem Besuch, besonders der Kriegsteilnehmer, bitten

Der Vorstand.

**Kriegerverein Bohne.**  
 Am Sonntag, dem 26. Januar, punkt 8 Uhr, Generatverammlung u. Begrüßung der heimkehrenden Krieger bei Gastwirt Jos. Wöfling.

Tagesordnung wird in d. Verammlung bekanntgegeben.

Alle Kriegsteilnehmer und Kameraden sind herzgl. eingeladen.

Der Vorstand.

**Aufforderung.**  
 Diejenigen, welche an den im Kriege gefallenen Hans-John Georg Kreyenborg, Brodof, Forderingen haben od. schulden, werden ersucht, dem Unterzeichneten Rechnung einzureichen bezw. Zahlung zu leisten bis zum 2. Febr. 1919.

Ostendorf, amtl. Aukt., Dintlage.

Zu verkaufen:  
 2 Ofen,  
 1 Dauerbrandofen, gut erhalten.

G. S. Mähler, Damme.

Kinder-, Ehepaar suchtl möbl. Wohn- und Schlafzimmer mit Kochgelegenheit zu mieten. Angebote mit Angabe des monatlichen Mietpreises unter Nr. 450 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeiten.

Zu mieten gesucht geräumige Wohnung oder Haus mit großem Obst- und Gemüsegarten im südlichen Oldenburg. Angebote unter Nr. 5 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gewandtes, freundliches junges Mädchen, 18 Jahre alt, mit höherer Schulbildung, wünscht bei einem Jahrgang oder Dienften in die Lehre zu treten. Eintritt kann sofort erfolgen. (16)

Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Wechia.

Suche zum 1. Mai ein zuverlässiges

Mädchen, welches in allen landwirtschaftlichen Arbeiten erfahren ist.

Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Wechia.

Suche auf sofort einen

Schuhmacher-gesellen.

Josef Seelhorst, Mühlen in Oldenburg. (17)

Suche auf sofort

2 Schneidergesellen gegen guten Lohn und dauernde Arbeit. (12)

Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Wechia i. D.

Schlofferlehrlinge für Hofbrandfabrik Georg Pilskes, Wechia, auf sofort gesucht. (15)

Landesarbeitsnachweis Geschäftsstelle Wechia.

Wünscht auf sofort ein zuverlässiger

Knecht, welcher selbständig arbeiten kann. (14)

Landesarbeitsnachweis, Geschäftsstelle Wechia.

### Geschäfts-Eröffnung

Den geehrten Bewohnern von Wildeshausen und Umgegend mache ich die ergebene Anzeige, daß ich mich in Wildeshausen, Weststr. (Wohnung meiner Eltern), als

### Barbier und Friseur

niedergelassen habe. Gleichzeitig empfehle ich mich zum Anfertigen sämtlicher Haararbeiten.

Pünktliche und saubere Bedienung zusichernd, bitte ich mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Heinr. Dellwisch, Friseur.

### Kath. Arbeiterverein Bechta.

Am Feste der hl. Familie (26. Jan.) gemeinschaftliche hl. Kommunion nach der 7 Uhr-Messe. Der Präses.

### Hans Gräf, Photograph,

Bechta i. D., Große Straße 63. Aufnahmen in meiner Wohnung vorläufig Montag, Mittwoch, Freitag u. Sonntag vorm. 10 bis nachm. 3 Uhr, außerhalb jederzeit ohne Preisauflage. Begrüßungen. Heimaufnahmen. Fertigstellung von Amateur-Arbeiten.

Empfehle ganz extra stark gebaute

### Ardrige Kastenwagen

in großer Auswahl. Oldenburg i. Gr. Johann Jung.

Den geehrten Bewohnern von Bohne und Umgegend zur Mitteilung, daß ich im Hause des Wirts Josef Bornhorn ein

### Maler-Geschäft

eröffne. Ich sichere sorgfältige und reelle Bedienung zu und bitte um geneigten Zuspruch.

### Lohne. Josef Middendorf.

Empfehle sämtliche Sorten Farben und Fensterglas.

### Großes Militär-Konzert

in Herrn. Besudens Saal in Dingstrup am Sonntag, dem 2. Februar, ausgeführt von der gesamten Kapelle des Berg. Feld-Regiments Nr. 59 unter persönlicher Leitung des Musikleiters Herrn H. Büchel. Anfang 6 Uhr abends. Nach dem Konzert

### Ball.

### Bekanntmachung.

Unter meiner Nachweisung ist eine geschlossene Fläche Landes (s. Z. Moorland), zur Größe von 57 Hektar, wovon circa 25 Hektar in Kultur sind, belegen am Gilsbachtseehner Kanal, Preiswert zu verkaufen.

Für die in Kultur befindliche Fläche ist Kunstdünger sowie Saatfaher und Saatlarosein vorhanden und können auf Wunsch mit übernommen werden.

Kauflustige wollen sich baldigst melden, Barfel, den 21. Januar 1919.

S. Fugel, Aukt.

### Borchers Café

Sonntag von 4 Uhr an

### Konzert.

ff. Biere. ff. Weine.

### Herren-Bekleidung

- Anzüge
- Loden-Mäntel
- Paletots
- Loden-Joppen
- Hosen
- Gummimäntel
- Westen
- Arbeitszeug

Nur allerbeste Qualitäten.

### M. Schulmann,

38 Achternstr. Oldenburg, Achternstr. 38.

### Tee!

Brautmannscher Mate, Parana Extra a Pfund M. 3.—, C. S. Wähler, Dornum.

### Fahrräder mit neuem Gummi,

Karbid Pfund 70 Pfg. (ohne Speck und Butter).

Fahrradhaus Hinners & Tabke, Lohne.

### Holzschuhe

Tuchen, garantiert schlechtest, hohe Form, in den gangbaren Männer- und Frauenrößen 1,00 M pro Paar. Hochverkauftpreis 7,35 M pro Paar. Musterfendung große Behinderung, portiert in den gangbaren Größen Herren- und Frauenrößen zu 75.— M franko nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrages. Um genaue Adresse und für Behinderung Angabe der Güterkategorie wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Versand kostenfrei. Holzschuh-Fabrik Nimbach (Rheinpfalz).

Den geehrten Bewohnern von Bohne und Umgegend hiermit zur Kenntnis, daß ich mich hier als

### Maler

niedergelassen habe. Sämtliche Maler-, Maler- u. Anstreicherarbeiten werden gut u. sauber ausgeführt. Ich bitte mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen.

### Lohne. Josef Bojes,

Malergeschäft.

### Betrifft Gründung einer Vereinigung der Schafzüchter.

Alle Landwirte des Amtsbezirks, welche sich für Schafhaltung und Schafzucht interessieren, lade ich hiermit zu einer Versammlung am Samstag, dem 25. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Oldenburger Hof“ in Bechta freundlich ein. Es soll die Einrichtung einer Vereinigung der Schafzüchter im Amt Bechta besprochen und sofort beschlossen werden. Namhafte Zuschüsse hierfür sind in Aussicht gestellt. Lohaus, Delonmeyerstr.

### Achtung! Lohne Achtung!

Am Sonntag, dem 26. Januar, werden von mittags 12 bis nachmittags 4 1/2 Uhr bei Gezwirt Hahstap, Brunnstraße,

### photographische Aufnahmen

zu billigen Preisen angefertigt. Postkarten Duzend 4.— M., Militär halbe Preise. Ferner noch, daß meine sämtlichen Sachen von einem erstklassigen Photographen hergestellt werden und übernehme jede Garantie. Auch werden Vergrößerungen und Bereicherungen nach jeder Photographie angefertigt. Prompte Arbeit! Billige Preise!

### Vecktaer Kunstanstalt.

Bechta i. D., Bremerstraße.

### Gemeinde Langförden.

Die Landesforstpflegschaft beabsichtigt, Anbauverträge auf Forstparzellen abzuschließen und liefert pro Schafelast 1 Renner Mineralöl.

Nähere Bedingungen sind beim Unterzeichneten einzusehen.

### Langförden. Hof. Vaste.

### Für die bevorstehende Aussaat

empfehlen wir: Strubes Schlankeider Saathäfer, 1. Abfaat, v. Kameles Stedentiner Saathäfer, 2. Abfaat, Heines ertragreichsten Saathäfer, Original, Brothäfer Saathäfer, Original, Sieges Saathäfer, 1. Abfaat, Bigowo Saathäfer, 1. Abfaat, Feltner Gelbhäfer, 1. Abfaat, Viktoria Saathäfer, weiße Mahndorfer, 2. Abfaat. Ferner verschiedene Sorten Sommerjaatgerste. Wir bitten um sofortige Bestellung und Einzahlung der gesetzlich vorgeschriebenen Saatarien. Otto Bartels & Co., Brake i. Oldbg.

### Schuhe

Hauschuhe, ohne Bezugsein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Ledersohle, pro Paar 7,20 M freie Fendung. Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrages. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Versand kostenfrei. Schuhwaren-Fabrik Nimbach (Rheinpfalz).

### Agnes Haverbeck Heinrich Drahmann Verlobte.

Haverbeck bei Dammme Osterfeine bei Dammme im Februar 1919.

### Maria Wulfing Carl Plump Verlobte.

Bokern Molkenstrasse bei Lohne bei Bakum Januar 1919

### Maria Tölle Bernard Diersen

Lohne Wildeshausen Januar 1919

### Gefellenhaus Dinlage. Sonntag, 26. Jan., Vortrag des Herrn Pastors, nachm. 4 Uhr im Arbeiterverein, abends 8.30 Uhr im Gefellenverein.

### Todes-Anzeige.



Nach langer Ungezwilt erlitten wir von seinem Kameraden aus der Gefangenenshaft die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und guter Bruder, der

### Josef Kramer,

im Inf.-Regt. Nr. 4, 9. Komp.,

im 24. Lebensjahre, am 8. Oktober 1918 den Helbentod gestorben ist, nachdem sein Bruder, Bernhard ihm infolge Krankheit in russischer Gefangenenshaft 1916 im Helbentod voranging.

Wir bitten um ein frommes Gebet für den teuren Verstorbenen.

Osterfeine, Dämmerlohhausen, Dammme, den 22. Jan. 1919.

Die trauernden Angehörigen.

### Todes-Anzeige.



Heute verschied nach kurzer, schwerer Krankheit, im 24. Lebensjahre

### Unteroffizier Otto Franke.

Die Batterie steht tiefbetrübt an der Bahre dieses jungen Lebens, der 4 Jahre hindurch seine Pflicht dem Vaterlande voll und ganz erfüllt hat. Ein lieber, fröhlicher Kamerad hat uns verlassen. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren stehen.

Im Namen der Unteroffiziere und Mannschaften der 2. Btr. F. A. R. 83

Züchner, Hauptmann und Batterieführer, Lohne, den 22. Januar 1919.

### Zahn-Institut Kügler, Quakenbrück, jetz. Leiter B. Trentmann. Täglich Sprechstunden: 8—1, 1/2—6 Uhr. Fernruf 220.

### Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute abend 9 1/2 Uhr meinen lieben Vater, Schwiegerbater und Großvater, Schwager und Onkel, den Pächter

### Heinr. Brothaus

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach kurzer, heftiger Krankheit, wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und gekürt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente im 76. Lebensjahre.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Angehörigen. Petersburg bei Bechta, den 23. Jan. 1919.

Die Beerdigung findet statt in Bechta am Montag, dem 27. Januar, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

### Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen meine liebe Frau, meine treuherzige Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

### Ehefrau Josefine Strüving,

geb. Oldendf

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Sie starb nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten, nach einem christlich frommen Lebenswandel im Alter von 75 Jahren.

Um ein frommes Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Die trauernden Angehörigen. Mühlen, den 22. Jan. 1919.

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 27. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Steinfeld, wozu Freunde und Bekannte eingeladen werden.

### Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute abend meinen lieben Mann, meinen treuherzigen Vater, unsern guten Bruder, Schwager und Onkel

### Heinrich v. d. Heide

zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen. Er starb nach längerer Krankheit, öfters gekürt durch den Empfang der hl. Sakramente im 69. Lebensjahre.

Die trauernden Angehörigen. Dytke, Bechta, Holtrop und Lutten, den 22. Januar 1919.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 27. Januar, vorm. 10 Uhr in Dytke, beim Krankenhaus in Bechta statt.

Sollt jemand aus Dytke keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche anzusehen zu wollen.

# 2. Blatt der Oldenburgischen Volkszeitung.

Sams. 25. Januar 1919.

## Dr.K. Zur Beamtenfrage.

In einer großen, von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung der Wilhelmshaven-A-Prüfungs-Beamtenschaft, in der ein Vertreter sämtlicher Parteien des Wortes erhielt, nahm der Vertreter der Sozialdemokratie für seine Partei das Wort in Anknüpfung an die Beamtenfrage zu sprechen. Er war es unternehmbar, doch ein großer Teil besonders der unteren Beamtenschaft, die dem Redner dankte und sich für die Sozialdemokratie erklärte. Es möge deshalb festgestellt sein, auch an dieser Stelle zunächst das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Beamtenfrage und in einem folgenden Artikel die Stellung der Zentrumspartei zur Beamtenfrage ins rechte Licht zu rücken.

Im Vordergrund der gesamten Beamtenfrage steht zur Zeit die beamteten Frone. Ist der Beamte ein Arbeiter auf dem Lande oder ein Arbeiter in der Fabrik? Bisher war dieses Recht allgemein anerkannt. Auf Grund des bestehenden Rechtes werden die Beamten, wenn sie die notwendigen Vorbereitungen erfüllen und eine gewisse Wartezeit hinter sich haben, Lebenslänglich angestellt. Ihre Einkünfte sind dem Dienst entsprechend. Ihre Einkünfte sind dem Dienst entsprechend. Ihre Einkünfte sind dem Dienst entsprechend.

Durch die Revolution ist dieses wichtige Recht der Beamten außer Acht gelassen worden. So lang die Sozialdemokratie zur Herrschaft, so wird unter ganzer Beamtenapparat zweifellos auf ganz anderer Grundlage aufgebaut werden. Statt der Beamtenbeamten, deren charakteristisches Merkmal vor allem die feste, unknackbare, lebenslängliche Anstellung ist, werden wir dann ein Beamtenbeamtentum bekommen. Sobald es die Verhältnisse erlauben, die bisher entsprechende Kräfte vorhanden sind, wird die Sozialdemokratie alle Beamtenstellen mit Personen ihrer Partei besetzen. Dies würde aber für unser Vaterland von den verhängnisvollsten Folgen sein; denn es würde eine Vermögenslosigkeit und eine Korruption forderlicher bedeuten.

Schwerlich ist in dieser Beziehung insbesondere Amerika. Dort ringen beinahe nur zwei große Parteien um die Vorherrschaft, die Republikaner und die Demokraten. Diejenige Partei, die den Sieg errungen hat, sucht ihre Herrschaft vor allem dadurch zu befestigen, daß sie sämtliche Beamtenstellen mit Angehörigen ihrer Partei besetzt. Als zuletzt die Demokraten den Sieg über die Republikaner davontrugen, wurde sämtliche alte Beamten der Republik gegeben und alle Beamtenstellen, einschließlich Richter und Staatsanwälte durch Personen erfüllt, die sich zur demokratischen Partei bekamen. Natürlich hat ein solches System die größte Korruption im Gefolge.

Die Befestigung weiter Kräfte der Beamten, daß die Sozialdemokraten, falls sie am Ruder bleiben, auch in Deutschland statt der lebenslänglichen Anstellung eine Anstellung auf kurzfristige Kündigung einführen werde, ist nicht grundlos. Zwar haben die Inhaber der ausgebildeten Regierung in den ersten Tagen der Revolution versprochen, alle möglichen Rechte der Beamten zu wahren, auf eine unmittelbare Ansetzung der Postbeamten sowie dem Beamtenbund aber geantwortet, daß die Entscheidung hierüber vorbehalten bleiben müsse. Ebenso antwortete vor kurzem ein Beauftragter des Vollzugsrates in Berlin einer Beamtendeputation auf eine Zwischenbemerkung hin, die Rechte der Beamten auf Ansehlichkeit, Hinterrückbehaltenen usw. würden bald der Vergangenheit angeschlossen. (1) Wie ernst die Lage ist und welche Stellung die Sozialdemokratie den Beamten gegenüber einnimmt, geht wohl zur Genüge aus Vorstehendem hervor. Entsprechend den allgemeinen Abwärtstendenzen der Arbeiter entsehtenkommt, dann auf die hohen Gehälter, die der Vollzugsrat sich selbst und auch den kleineren Angestellten zahlt, endlich auf die Vorkämpfer der Gleichstellung aller und aneres.

Wie geht es nun hiermit? Werden einer sozialdemokratischen Regierung später die Mittel zur Verfügung stehen, um die Beamten im Maßstab aufzubehalten? Hier muß die Antwort verneinend lauten, allerdings mit dem Vorbehalt: wenn sie so wie bisher weiterarbeiten. In altpreussischer Sparsamkeit und Gemäßigtheit müßte sich die Beamtenchaft auch heute noch ab, für Staat und Reich das Geld zusammenzufahren und den Klassen zuzuführen. Wie im Frieden werden die Gehälter weitergeführt, um reiflos alle Steuern und Abgaben zu erfassen, damit nur ja kein Pfennig dem Staat verloren geht. Aber ein einziger Pusch in Berlin vernichtet Millionenwerte, ein Zeitraum von wenigen Tagen genügt, um das Generalaufkommen eines längeren Zeitraums reiflos aufzubrauchen. Dementsprechend steht die Regierung, wie unsere Industrie, unsere Rohstoffe, unser ganzes Erwerbs- und Wirtschaftssystem vernichtet werden durch die wirtschaftlichen Ströme und die Lohnforderungen der Arbeiter. Dementsprechend ist durch den Ausbruch des Krieges in den Abgrund geschleudert worden, und die Arbeiterung ist auf dem besten Wege, den Abgrund zu zurechtfinden, doch alles erstickt wird und ein Wiederanstieg ist überhaupt nicht zu denken ist. Es wird, wenn eine sozialistische Regierung nicht bald des Staatsbankrott in der Hand bekommt, so kommen, wie Einseitige es sagen: Deutschland wird zunächst ein Leichnam, dann ein Siedehess und schließlich ein Friedhof werden. Und auch diesem Friedhof werden auch die Beamten ihre Wünsche begeben können.

Etwas schlechthin Neues in der Beamtenfrage, weniger für Deutschland, bedeutet die sozialdemokratische Forderung der Wählbarkeit der Beamten, die in sämtlichen Beamten, von den höchsten bis zu den niedrigsten, werden vom Volke gewählt. Was die Durchführung dieser Forderung für die Beamtenchaft bedeutet, wird jeder einsehen, wenn er bedenkt, daß der Beamte dadurch in volle Abhängigkeit vom Volke gerät, vor jeder Wechsel sich um die Gnade der Wähler bemühen muß und, so oft ihm sein Amt in Gegenwart zum Volke bringt, bestärkt um seine Stelle zu verlieren. Auch hier wäre vollkommene Korruption die notwendige Folge.

So geht es also in Wirklichkeit mit der beamteten „Herrscherei“ der Sozialdemokratie für die Beamten aus. Nur eine starke bürgerliche Regierung kann Deutschland einer besseren Zukunft entgegenföhren, nur eine Regierung der bürgerlichen Parteien, die gleichermäÙ die Interessen aller Klassen verteidigt, kann die Beamtenfrage in bester Weise lösen.

Ein solches Verzeichnis der Beamtenfrage, weniger für Deutschland, bedeutet die sozialdemokratische Forderung der Wählbarkeit der Beamten, die in sämtlichen Beamten, von den höchsten bis zu den niedrigsten, werden vom Volke gewählt. Was die Durchführung dieser Forderung für die Beamtenchaft bedeutet, wird jeder einsehen, wenn er bedenkt, daß der Beamte dadurch in volle Abhängigkeit vom Volke gerät, vor jeder Wechsel sich um die Gnade der Wähler bemühen muß und, so oft ihm sein Amt in Gegenwart zum Volke bringt, bestärkt um seine Stelle zu verlieren. Auch hier wäre vollkommene Korruption die notwendige Folge.

So geht es also in Wirklichkeit mit der beamteten „Herrscherei“ der Sozialdemokratie für die Beamten aus. Nur eine starke bürgerliche Regierung kann Deutschland einer besseren Zukunft entgegenföhren, nur eine Regierung der bürgerlichen Parteien, die gleichermäÙ die Interessen aller Klassen verteidigt, kann die Beamtenfrage in bester Weise lösen.

## Old. bürgerlicher Landtag.

(Ausführlicher Bericht.)

6. ordentliche Sitzung am Donnerstag, 23. Jan.

Präsident Schröder eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Hg. Müller stellt mit Unterstützung der Hggs. Frumund, Tangen-Robertsen, Wils, Tangen-Stollmann, Hg. Tangen-Heering folgenden selbständigen Antrag:

„Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, das Direktorium wird ersucht, mit aller Eile die demselben darauf zu bestehen, daß Oldenburg in seinem bisherigen Umfang als selbständiger Staat das Reiches erhalten bleibt und daß keine Veränderung des Staatsgebietes und keine Veräußerung mit anderen Teilen des Reiches ohne Volksentscheidung vorgenommen werden darf.“ — Antragsteller begründet seinen Antrag. Die mehr als hundertjährige Zusammengehörigkeit der im früheren Herzogtum Oldenburg vereinigten Landesanteile hat diese zu einem einheitlichen Staatsgebiet mit wesentlich einheitlicher Landesregierung herangebildet, dessen Auflösung oder Angliederung an andere Reichsteile vielfache Störungen im staatlichen Leben der einzelnen Provinzen herbeiführen würde und daher, wenn man an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker festhalten will, nicht ohne Volksabstimmung geschehen darf.

Minister Scherer: Für die Bestimmung der Dauer der Ferien des Landtages war der Wahltag der heutigen Nationalversammlung, der ursprünglich auf den 16. Februar festgesetzt war, maßgebend. Nachdem nun aber die Wahlen durchgeführt sind und mittlerweile stattgefunden haben, hat das Direktorium es für geboten gehalten, auch für unsern Provinzial Oldenburg das Verfallensrecht in Angriff zu nehmen und den Landtag bereits auf heute zu berufen. Früher konnte es nicht geschehen, weil die Landesversammlung nicht ohne vorherige Kenntnis der Reichsverfassung aufgestellt werden konnte. Dem Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Wahlen zur verfassunggebenden oldenburgischen Landesversammlung zugegangen. Dieser Entwurf muß möglichst rasch Gesetz werden, wenn die Wahlen, wie bereits bestimmt, am 23. Februar stattfinden sollen. Er muß mindestens 3 Wochen vorher veröffentlicht werden. Ich habe daher den Landtag namens des Direktoriums zu bitten, in die Beratung des Entwurfs schon heute nachmittags einzutreten und morgen, spätestens am Sonntage, in öffentlicher Sitzung darüber zu beschließen, damit der Entwurf so rasch als möglich verabschiedet wird.

Das Direktorium wird selbstverständlich dem Antrage Müller entsprechen und mit allen Kräften für die Selbstbestimmung unseres Landes eintreten. (Bravo!) Von dem Landtage werden weitere Mittel erfordert werden für die Kantonsarbeiten. Vor allem werden große Mittel beantragt, um den Beamten, Angestellten und Arbeitern einen erneuten Leuerungsauflage gewähren zu können. Durch den Zusammenbruch unserer und durch die grausamen und brutalen Bedingungen der Feinde sind große Mißstände in Handel und Wandel hervorgerufen worden. Die Leuerung nimmt zu. Dieser schweren Lage stehen alle festbeholdenen machlos gegenüber und es ist unklar, wie sie darüber hinwegzujubeln. Das Direktorium ist sehr überzeugt, daß der Landtag seine Zustimmung dazu geben wird. Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten. Die

von der Regierung vorgelegte Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommenabhebung für das Jahr 1917 wird zum Kenntnis für erledigt erklärt. Das Kapitalvermögen betrug im Herzogtum Oldenburg 1858 313 297 M., die Schulden 1 312 428 878 M.

Weiter gibt der Landtag seine Zustimmung zu einer Anfrage des Direktoriums vom 14. Dezember 1918, nach dem verstorbenen Gemeindevorstandes von den aus Anlaß des Krieges unvermeidlichen Überforderung der Kostenanschläge bei Chausseebauten neben den bereits bewilligten Zuschüssen eine weitere gleiche Beihilfe gezahlt wird, da der lange Krieg ohne Schuld der Gemeinden den Ausbau der Chausseen bisher unmöglich gemacht hat und die Wahlen inzwischen außerordentlich gestiegen sind. In Frage kommen die Gemeinden Krappdorp, Cappeln, Lajtrup, Cloppenburg, Garrel, Bönning, Eßen, Elmstedt, Linder. — Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Abfertigung des juristischen Vorbereitungsdienstes für Kriegsteilnehmer wird in erster Lesung genehmigt. Die Nachweisung über die Geschäftsergebnisse der Nahrungsmittelezentrale des Freistaats Oldenburg und über die Staatliche Kreditanstalt wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Die Kreditanstalt hat im Jahre 1917 nur ein beschränktes Betreuungsamt im Lande vollständig vom Kriegserlöste wurde. — Die Tagesordnung ist damit erledigt. Nächste Sitzung morgen mit der Tagesordnung Wahlgeseß. — Das Wahlgeseß soll möglichst rasch verabschiedet werden. Die oldenburgische Landesversammlung soll aus 48 Abgeordneten bestehen; auf je 1000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter. In der Provinz Oldenburg sind 39, in der Provinz Uthmanneby 4 und in der Provinz Wierfelden 5 Abgeordnete zu wählen. Für die Wahl bleiben die Stimmzettel, die Wahlräume, die Wahlvorstände und ihre Stellvertreter dieselben wie bei der Wahl für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung. Beim Wahlkommisariat sind die Wahlvorstände spätestens am 12. Tage vor der Wahl einzutreten. — Im übrigen gelten genau dieselben Bestimmungen, wie bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung.

Im Landtage bestand gestern und heute eine Krisensitzung, und es wurde bereits von einer Landtagsauflösung gesprochen. Viele der Abgeordneten waren über das Vorgehen des Direktoriums unwillig, das, ohne den Landtag zu fragen, den Tag der Wahl für die Landesversammlung bestimmt und auch während der Sitzung die Lage der Angelegenheiten im Reich erörtert hatte. Der Landtag sieht sich dadurch zurückgedrängt und ausgehöhelt. Die Krisis geht aber ohne erste Folgen vorüber; denn es zeigte sich, daß auch das Direktorium nur unter dem Druck der heutigen wenig erfreulichen Verhältnisse gehandelt hatte, um Unruhen im Volke zu vermeiden. Der Landtag fand sich denn auch mit der Tatsache ab und wird ruhig weiter tagen. Die Abgeordneten erhalten für die Zeit, während der die diesjährige ordentliche Versammlung vom 23. Januar an fortgesetzt wird, eine tägliche Vergütung von 21 Mk. — Für Kantonsarbeiten in den Moorflächen im Südwälder- und Gonenroder kantons das Direktorium 45 000 Mk. Die Wege sollen inhaft gesetzt werden.

## Unruhen.

Am Dienstag tagten die A.S.R. in Oldenburg. Sie beschließen die Einrichtung eines Landesrates der A.S.R. Wir sind der Ansicht, daß diese Einrichtung nach den Ereignissen der letzten Zeit völlig überflüssig ist und nur eine Erschwerung der Landesgeschäfte bedeutet. Zudem ist es völlig ausgeschlossen, daß die Mehrheit des oldenburgischen Volkes es billigen wird, daß unser Landesdirektorium von einem in seiner Wahlzahl aus Sozialdemokraten bestehenden Zentralrat sich Direktiven geben lassen soll. „Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz“; so haben die Genossen vor der Wahl immer betont. Nun mögen sie aus dem Ausfall der Wahlen auch die Konsequenzen ziehen. Zudem gibt die Kommission der A.S.R. in Oldenburg selbst zu, daß mit dem Direktorium eine Einigung in den meisten Fragen nicht erzielt werden konnte. Wir müssen einer Nebenregierung, wie sie der Zentralrat darstellen würde, ganz energig abtun. Wir sind der Meinung, daß die A.S.R. mit der Nationalversammlung ihr Ende erreicht haben. Wir müssen dagegen protestieren, daß man nach den Worten des Präsidenten Rudnit beabsichtigt, die A.S.R. solange bestehen zu lassen, bis die neue Regierung gezeigt hat, daß sie fähig ist, die Verhältnisse der Revolution zu bewerkstelligen. Eine solche Auffassung widerspricht vollständig dem, was die Genossen unter den demokratischen Prinzipien. Das würde ein Verstoß gegen das Prinzip sein, denn am eine Verletzung des Prinzipiums sein, denn am eine Verletzung der Revolution“ verstehen, ist gar nicht zu denken. Wir wollen einen demokratischen Volksrat, und keinen Staat, der unter der Diktatur eines Zentralrates, oder wie man ihn nennen will, steht.

Präsident Rudnit, auf dessen Rücktritt das oldenburgische Volk täglich wartet, verwehrt sich dem annehmend die Sitzung der A.S.R. mit einer unabhängigen sozialdemokratischen Versammlung, indem er dem geistreichen deutschen Volkswissenschaftler Liebknecht und Rosa Luxemburg einen Nachruf widmete und die Anwesenden bat, sich zu Ehren der Toten von den Sigen zu enthalten. Wir müssen gegen diese unnütze Demonstration protestieren. Liebknecht und Rosa Luxemburg hier zu ehren, haben wir durchaus keinen Grund. Wenn sie auf ungediente Weise zu Tode gekommen sind, so bedauern wir das. Ihr Schicksal

al aber war verdient; denn wenn es nach ihrem Willen gegangen wäre, würde Deutschland im Kampf aller gegen alle untergegangen sein. Wir wollen kein Glanz, sondern D.D.N.U.G., wir wollen keine sozialistische Republik, sondern einen demokratischen Volksstaat.

## Ein undurchführbarer Plan.

Wir erhalten eine Zuschrift aus Oldenburg, in der es in bezug auf den Landeshaushalt und die Vorbereitung der Landesversammlung, daß die Wahl zur Nationalversammlung nicht von den politischen Parteien, sondern von den wirtschaftlichen Verbänden, auch den Amtsverbänden, geleistet werden. Am Sonntag würde der Landeshaushalt sich mit dieser Frage befassen. Vorausgesetzt, daß die Zuschrift tatsächlich berichtet, bemerken wir dazu, daß ein solcher Plan undurchführbar sein würde.

Erfens ist die besonders durch die Verhältnisse wohl genallig geförderte Polittisierung nicht auszuführen. Ob man das als einen Fehler oder als einen Vorteil ansieht, mag ganz außer Acht bleiben. An der Tatsache kommen wir nicht mehr vorbei. Zum zweiten wäre der Plan unmöglich, weil doch eine Nationalversammlung sich zum großen Teil auch mit kulturpolitischen Fragen (Kirchen- und Schulfragen) befaßt, die ganz unabhängig vom wirtschaftspolitischen Standpunkt der Abgeordneten entschieden werden. Die Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung muß unter Erweisung den politischen Parteien und nicht von den wirtschaftlichen Verbänden organisiert werden. Das geschah bisher auch in allen Bundesstaaten. Drittens gibt es große Berufsvereine, die überhaupt noch nicht organisiert sind. Viertens würde die Sozialdemokratie einen solchen Plan ohne weiteres ablehnen.

Die bürgerlichen Parteien, besonders die Zentrumspartei, haben in ihren Reihen Angehörige aller Stände. Für die Zentrumspartei haben wir es schon oft ausgesprochen, daß alle Berufsstände, die sich zum Zentrum bekennen, sich reiflos in der Partei organisieren und tatkräftig in der Partei mitarbeiten möchten. Das Programm des Zentrums, die berechtigten Interessen aller Stände unter dem Gesichtswinkel des Gemeinwohls zu vertreten, führt dahin, auch bei der Kandidatenaufstellung möglichst alle Kreise durch eigene Vertretung zu berücksichtigen. In diesem Grundgedanken haben wir auch für die Zukunft fest. Wir hoffen deshalb, daß der Landeshaushalt, falls er den oben bezeichneten Plan befolgen sollte, sich von der Unmöglichkeit seiner Durchführung noch überzeugen wird. Politische Wahlen müssen von den politischen Parteien vorbereitet werden. Das jeder Berufsstand möglichst zu seinem Recht kommt, ist und bleibt das Bestreben der Zentrumspartei.

## Zur Wahlbewegung in Oldenburg.

Wahlstatistisches aus dem 15. Wahlkreis.

Wahlberechtigt waren im 15. Wahlkreis 579 000 Personen. Gewählt haben 532 675, oder genau 92 Proz. sämtlicher Wahlberechtigter. Auf die verbundenen bürgerlichen Listen entfielen 360 626 Stimmen und 5 Mandate, also auf 72 125 Stimmen ein Sitz. Auf die verbundenen sozialistischen Listen entfielen 172 049 Stimmen und 2 Mandate, also auf 86 024 Stimmen ein Sitz. Läßt man die unruhmamen Stimmen der Unabhängigen, der Welsen und der Deutsch-Nationalen außer Betracht, so erhielt das Zentrum auf 67 548, die Deutsch-Demokratie auf 65 482, die Deutsche Volkspartei auf 68 740 und die Mehrheitssozialisten auf 74 705 Stimmen einen Sitz.

## Die Deutsch-demokratische Partei

hat auf den 31. Januar 1919 einen Vertretertag nach Oldenburg einberufen, um Stellung zu den bevorstehenden oldenburgischen Landtagswahlen zu nehmen, bezw. die Kandidatenausswahl vorzunehmen.

## Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

Besta, 24. Jan.

— Begrüßungsfeier der heimgekehrten Krieger. Wie in fetter Nummer bekannt gegeben, labet die Stadt Besta ihre sämtlichen heimgekehrten Krieger aus Stadt und Land freudig zu einer Begrüßungsfeier auf Sonntag, den 24. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Schützen Saale. In entgegenkommender Weise hat die Militärkapelle des 65. Infanterie-Regiments sich zur Mitwirkung bereit erklärt. Ein nettes Konzertprogramm ist zusammengestellt, das hauptsächlich unsern Kriegern einige angenehme Stunden bereiten wird. Es darf wohl erwartet werden, daß unsere Damen auch für andere Genüsse bestens gelorgt haben. Leider können wegen Platzmangels die Angehörigen unserer Krieger wie auch die weitere Bürgerchaft nicht eingeladen werden. Es kommen ca. 800 Krieger in Betracht, und für diese muß in erster Linie Platz geschaffen und gelorgt werden. Die Einladung soll sich erstrecken auf alle, die während des Krieges zum Militärdienst einberufen waren.

— Einen so milden Winter wie heuer hat die letzte Generation noch wohl nicht erlebt. Auch die Wetterwörter stellen fest, daß das Temperaturminimum (im Durchschnitt) niemals so hoch gelegen hat, wie im Dezember 1918 und in der

